

Ein Versprechen an die Jugend –

UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2023
Zusammenfassung und Empfehlungen

EIN VERSPRECHEN AN DIE JUGEND

UNICEF-BERICHT ZUR LAGE DER KINDER IN DEUTSCHLAND 2023

ZUSAMMENFASSUNG

Die Chancen von Kindern auf ein gutes Aufwachsen sowie eine lebenswerte Zukunft in Deutschland unterscheiden sich sehr. Viele Kinder wachsen unter guten Bedingungen auf. Aber es gibt auch eine beträchtliche Zahl von Kindern, deren Rechte auf ein gutes Aufwachsen nicht oder kaum berücksichtigt werden. Das ist ein Problem für die Kinder selbst, aber auch für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Das zeigt der neue Bericht des Familiensoziologen Prof. Dr. Hans Bertram im Auftrag von UNICEF Deutschland. Auf der Basis aktueller Daten und wissenschaftlicher Analysen werden Trends und Entwicklungen beim kindlichen Wohlbefinden in Deutschland im europäischen Vergleich sowie im Vergleich der Bundesländer vorgestellt. Anknüpfend an die UNICEF-Berichte der letzten Jahre legt der neue Bericht einen Fokus auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, ihre Bildung, alltägliche Risiken sowie ihre materielle Situation. Außerdem geht es darum, wie Kinder selbst auf ihre Situation blicken. Jedes Kapitel gibt einen Überblick zur aktuellen Lage, zeigt Probleme auf und diskutiert mögliche Gestaltungsoptionen von Politik und Gesellschaft.

WORIN BESTEHT DAS VERSPRECHEN?

Der Titel „Ein Versprechen an die Jugend“ ist ein Zitat der Autorin Eleanor Roosevelt, die bereits zum Ende des Zweiten Weltkrieges dazu aufgerufen hat, die Rechte und die Zukunft von Kindern in den Mittelpunkt nationaler und globaler Politik zu stellen. Der Bericht nimmt diesen Gedanken auf und unterstreicht auf Basis der verfügbaren Daten die Bedeutung von Kindern und ihrem Wohlbefinden für die Zukunft der Gesellschaft. Mit der Agenda 2030 und ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung haben sich alle in den Vereinten Nationen vertretenen Staaten verpflichtet, die Welt gerechter, friedlicher und lebenswerter zu gestalten. Das zentrale Versprechen der Agenda 2030 lautet, die Schwächsten und Verwundbarsten in den Mittelpunkt zu stellen und niemanden – auch kein Kind – zurückzulassen („leave no one behind“). Der neue Bericht knüpft an dieses Versprechen an und untersucht, inwiefern es erfüllt wird. Die Bilanz des Autors ist in vielen Bereichen optimistisch, in anderen Bereichen jedoch ernüchternd: Anhand ausgewählter Beispiele zeigt er, dass in Deutschland viele Kinder gut aufwachsen können. Er zeigt aber auch, dass zu häufig Kinder zurückgelassen und ihre Rechte, ihr Wohlbefinden und damit ihre Zukunft nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Der Bericht orientiert sich datengestützt an den Zielen und Indikatoren der Agenda 2030 und verknüpft sie mit dem UNICEF-Konzept des kindlichen Wohlbefindens. Dadurch leistet er einen wichtigen Beitrag für die Bewertung, wo sich Deutschland auf dem Weg zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele befindet.



GESUNDHEIT: PROBLEME AUF DEN ZWEITEN BLICK

Der Bericht enthält viele gute Nachrichten. Probleme zeigen sich oft erst auf den zweiten Blick: Die allermeisten Jugendlichen sind **selbst der Meinung, dass sie gesund sind**, die Kindersterblichkeit ist gering und die Lebenserwartung steigt. Das gilt allerdings nicht für alle Jugendlichen: Während zum Beispiel junge Frauen (16-19 Jahre) aus Haushalten mit hohem Einkommen im Jahr 2021 zu 98 Prozent angeben, dass ihre Gesundheit gut oder sehr gut sei, sind es in armen Haushalten nur 89 Prozent. Offenbar hängt die Gesundheit bzw. die Einschätzung der eigenen Gesundheit der Jugendlichen davon ab, wie hoch das Einkommen ihrer Familie ist.

Kinder und Jugendliche in Deutschland haben die Aussicht, im Durchschnitt 66 **gesunde Lebensjahre** als Frauen und 65 gesunde Lebensjahre als Männer zu erleben. Das sind Lebensjahre, die ohne mittel-schwere oder schwere gesundheitliche Einschränkungen gelebt werden können. Spitzenreiter in dieser Bilanz ist Schweden, wo Männer wie Frauen durchschnittlich fast 73 gesunde Lebensjahre zur Verfügung haben. Das ist, dem Bericht zufolge, unter anderem eine Konsequenz aus ihrem gesundheitsbewussten Verhalten. Schwedische Jugendliche rauchen weniger, betrinken sich weniger, haben weniger Übergewicht und essen mehr Gemüse als die deutschen Jugendlichen im gleichen Alter.

In den vergangenen Jahren wurde in der Öffentlichkeit vermehrt darauf aufmerksam gemacht, dass es große gesellschaftliche Herausforderungen mit Blick auf die **mentale Gesundheit** von Kindern und Jugendlichen gibt – zurecht, wie der Bericht zeigt. Dabei weist er darauf hin, dass diese Probleme nicht erst mit der Covid-19-Pandemie aufgetreten sind, sondern Kinder und Jugendliche aus Deutschland im europäischen Vergleich auch schon zuvor häufiger psychische Auffälligkeiten wie depressive Symptome zeigten. Auch hier zeigen sich Unterschiede je nach Einkommen der Familie: In den unteren Einkommensgruppen sind depressive Symptome viel stärker ausgeprägt als in den oberen Gruppen.

Der Bericht weist ausdrücklich darauf hin, wie wichtig **Optimismus und Lebenszufriedenheit** für Kinder und Jugendliche ist. Die Daten zeigen, dass Deutschland im Jahr 2021 noch zu den Ländern in Europa gehörte, in denen Jugendliche und jungen Erwachsene mittelmäßig mit dem eigenen Leben zufrieden waren. Auf einer Skala von eins bis zehn ordneten Mädchen zwischen 16 und 19 Jahren ihre Lebenszufriedenheit bei einem Wert von 7,4 ein. Vergleichsweise zufrieden waren Mädchen im gleichen Alter aus Österreich (8,2), Polen (8,2) und Spanien (7,9). Im Jahr 2022 änderte sich dieses Bild deutlich: Die Zufriedenheitswerte gehen in Deutschland bei den befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen stark zurück – viel stärker als in allen anderen betrachteten Ländern. Die Lebenszufriedenheit von Mädchen im Alter von 16-19 Jahren sinkt auf einen Wert von 6,6. Deutschland bildet zusammen mit Bulgarien (ebenfalls 6,6) das europäische Schlusslicht bei den Zufriedenheitswerten. Die Gründe für die zuletzt große Unzufriedenheit der jungen Menschen in Deutschland sind vorerst unklar. Ein Grund könnte die fehlende Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und ihrer Zukunftsvisionen im öffentlichen Diskurs sein.

BILDUNG: KEIN GUTES ZEUGNIS FÜR DAS DEUTSCHE BILDUNGSSYSTEM

11 Prozent oder knapp 500.000 der 20- bis 24-Jährigen haben keinen Schulabschluss. Jedes Jahr verlassen knapp 47.000 **junge Menschen ohne Abschluss** die Schule. Dabei hat jedes Kind ein Recht auf Bildung. Bildung ist wichtig für die individuelle Entwicklung, aber auch für die Zukunft der Gesellschaft. Mit Blick auf die öffentliche und politische Diskussion zum Fachkräftemangel wird darauf hingewiesen, dass hier ein enormes Potenzial verschenkt wird.

Der Bericht zeigt darüber hinaus, dass unser Bildungssystem es nicht schafft, die Kinder gleichermaßen zu fördern. Unterscheidet man nach zentralen soziodemografischen Merkmalen, wird deutlich, dass bestimmte Gruppen von Kindern besonders häufig keinen Abschluss erreichen. Das betrifft beispielsweise männliche Jugendliche, unter denen die Abbruchquote in vielen Bundesländern steigt. Das betrifft auch Kinder und Jugendliche, die im Ausland geboren sind und in Deutschland zur Schule gehen. In Deutschland haben zum Beispiel im Jahr 2021 32 Prozent der 18- bis 24-Jährigen, die im europäischen Ausland geboren wurden, keinen Abschluss. In der Schweiz sind es nur 8 Prozent, in Belgien 12 Prozent.

Auch mit Blick auf die erworbenen **Kompetenzen** stellt der Bericht Deutschland kein gutes Zeugnis aus. Zwar zeigt der Vergleich der Lesekompetenzen zwischen 2009 und 2018 für die 15-jährigen Schülerinnen und Schülern, dass der Anteil derjenigen, die gut lesen können, gestiegen ist. Problematisch ist jedoch, dass auch der Anteil derjenigen, die die unterste Kompetenzstufe nicht erreichen, angestiegen ist und in 2018 bei 21 Prozent lag. Ein ähnliches Bild zeigt sich in allen Bundesländern in Deutschland. Einer kleinen Gruppe von Schülerinnen und Schülern mit hohen Lesekompetenzen steht eine wachsende, ungleich größere Gruppe mit sehr niedrigen Lesekompetenzen gegenüber. Der Bericht zeigt, dass diese negative Entwicklung bereits seit vielen Jahren andauert, aber erst durch die Diskussionen im Rahmen der Covid-19-Pandemie zur Bildungssituation stärker ins allgemeine Bewusstsein gelangt ist.

Vor dem Hintergrund dieser schlechten Ergebnisse für das deutsche Schulsystem untersucht der Bericht auch die Ausgaben für den Bildungsbereich und damit die öffentlichen Investitionen in Bildung. Während Deutschland bei den **Ausgaben** für die frühkindliche Bildung und die tertiäre Bildung noch im Mittelfeld liegt, sind die Ausgaben für den Grundschulbereich im internationalen Vergleich sehr niedrig. Deutschland investierte hier 2019 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und damit 1,2 Prozentpunkte weniger als Spitzenreiter Schweden. Von den betrachteten Ländern investiert nur Rumänien noch weniger in die Grundschulbildung (0,5 Prozent). Dabei sind gerade die Grundschulen für Kinder wichtig. Hier entscheidet sich, ob Kinder unabhängig von der sozio-ökonomischen Herkunft ihre Talente entfalten können.

ARMUT: NICHT ALLE SIND BETROFFEN, ABER EINIGE GANZ BESONDERS

Nicht Kinder an sich sind ein **Armutsrisiko**, sondern das Risiko liegt bei den Kindern, die in spezifischen Familientypen aufwachsen, bei denen das Einkommen häufig sehr gering ist. Diese These untermauert der Bericht mit vielen Daten und Fakten. Das markiert einen wichtigen Perspektivwechsel in der Armutsdebatte. Er verzichtet darauf, die Verantwortung für Armut den Kindern zuzurechnen und lenkt den Blick auf das eigentliche Problem: das geringe Einkommen vieler Familien.

Der Autor spricht sich dafür aus, insbesondere bei der Analyse von Kinderarmut ganz genau hinzuschauen: Wie messen wir Kinderarmut? Wer ist davon besonders häufig betroffen? Was sind die Faktoren, die zu Armut führen? Und was können wir dagegen unternehmen? Denn Armut wirkt sich ganz deutlich auf das **Wohlbefinden** und die **Chancen** von Kindern aus. Umso gravierender ist, dass die Situation der Eltern darüber entscheidet, ob ein Kind in Armut aufwächst oder nicht. Kinder sind selten armutsgefährdet, wenn beide Eltern arbeiten. Wenn nur ein Einkommen zur Verfügung steht, was beispielsweise bei Alleinerziehenden oder Familien mit drei und mehr Kindern häufig der Fall ist, wird das Risiko extrem hoch.

Der Bericht weist darauf hin, dass in unserer Gesellschaft Kinder unabhängig von der Situation der Eltern ohne Armut aufwachsen sollten. Wie konkret Armut das Wohlbefinden von Kindern einschränken kann, zeigt sich etwa am Indikator „**materielle Deprivation**“. Er untersucht, ob Kinder Zugang zu wichtigen Ressourcen wie einer beheizbaren Wohnung, Büchern, Freizeitaktivitäten oder Spielzeug haben. Dabei zeigt sich: Nur 2 Prozent der Kinder, deren Eltern ein hohes **Bildungsniveau** haben, galten in 2021 als materiell depriviert. Bei Kindern, deren Eltern ein niedriges Bildungsniveau haben, waren es 16 Prozent.



SICHERHEIT UND SCHUTZ: BESCHÄDIGTES GEFÜHL VON SICHERHEIT

Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland fühlen sich durch Kriminalität und Vandalismus in ihrem Wohnumfeld in ihren persönlichen Aktivitäten begrenzt. In Deutschland ist das im Jahr 2022 bei 20 Prozent der 16- bis 24-Jährigen der Fall. Unter den betrachteten europäischen Ländern ist dieses **Unsicherheitsgefühl** nur in Schweden und Frankreich höher.

Die zentralen Statistiken zur **Kriminalität** liefern zunächst keine Hinweise auf mögliche Gründe für diese Unsicherheit. Eurostat zeigt keine Zunahme des kriminellen Verhaltens bei den Erwachsenen. Auch die Zahl der tatverdächtigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie die Zahl der verurteilten Jugendlichen ist seit 2013 rückläufig; bei den Verurteilten haben sich die Zahlen halbiert.

Auffällig sind dagegen die Ergebnisse des Berichts zu **Kindeswohlgefährdungen**. Die Zahl der latenten und akuten Kindeswohlgefährdungen stieg im betrachteten Zeitraum. Der Autor weist darauf hin, dass dies sowohl eine Folge zunehmender Kindeswohlgefährdung sein könnte oder auch einer besseren Erfassung konkreter Fälle. Zudem zeigen die Ergebnisse, dass die Risiken sich nach **Familienform** unterscheiden. Offenbar fehlt es bestimmten Familien häufiger an den Ressourcen, um ein gesundes Aufwachsen ihrer Kinder ermöglichen zu können.

UNICEF DEUTSCHLAND EMPFIEHLT:

- Der Bericht zeigt, dass viele **Kinder in Deutschland unter guten Bedingungen** aufwachsen. Aber es gibt auch eine beträchtliche Zahl von Kindern, deren Rechte auf ein gutes Aufwachsen nicht oder kaum berücksichtigt werden. Diese Gruppen muss Politik **bedarfsgerecht und zielgerichtet** in den Mittelpunkt rücken. Alle Kinder in Deutschland sollten gut aufwachsen können.
- **Größere Defizite** hat der Bericht im **Bereich der Bildung** identifiziert. Insbesondere der Grundschulbereich ist in Deutschland nicht ausreichend finanziert. Es braucht daher **Investitionen in Bildungschancen**, insbesondere in die frühkindliche Bildung, Sprachförderung, Kindertagesstätten, Grund- und Ganztagschulen. Die Investitionen sollten vor allem bisher benachteiligte Quartiere erreichen.
- Der Bericht verdeutlicht außerdem, wie entscheidend das Einkommen der Familie für das gesamte Wohlbefinden der Kinder ist. Die geplante **Kindergrundsicherung** kann ein wichtiger Baustein dafür sein, dass sich die Startchancen von Kindern angleichen, muss aber in ein **Gesamtkonzept zur Reduktion von Kinderarmut** und der Förderung von Teilhabe eingebettet werden.
- **Optimismus und Lebenszufriedenheit** sind für Kinder und Jugendliche sowie für die ganze Gesellschaft wichtig. Umso alarmierender sind die Daten zur geringen Lebenszufriedenheit. UNICEF empfiehlt Politik und Verwaltung, mehr **Möglichkeiten zur Partizipation** anzubieten. Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, an Entscheidungen über Maßnahmen, die sie und ihre Zukunft betreffen, teilzuhaben.
- Immer wieder macht der Bericht auf Lücken in der Datenerhebung und Auswertung zu Kindern und Jugendlichen aufmerksam. Im Sinne einer guten, evidenzbasierten Politik

für Kinder sollte die **Datenlage verbessert** und auf der Basis des mehrdimensionalen Konzepts des kindlichen Wohlbefindens ausgewertet werden.

- Der Bericht zeigt schließlich, dass die Lage der Kinder und Jugendlichen nicht nur zwischen den europäischen Ländern **große Unterschiede** aufweist, sondern **auch innerhalb von Deutschland**. Mit Blick auf die großen Herausforderungen sind mehr Wille und konkrete **Initiativen zur Zusammenarbeit** notwendig – auf Bundesebene, zwischen Bund und Ländern sowie Bundesländer übergreifend und auf kommunaler Ebene.
- Mit der Verankerung von **Kinderrechten im Grundgesetz** würde die Position von Kindern gestärkt, so dass es für keine Kommune, kein Gericht, kein Parlament und auch keine Privatperson noch einen Zweifel geben kann, dass diese Rechte in Deutschland gelten.

DIESE BEISPIELE ZEIGEN: HANDELN LOHNT SICH

MEHR MITSPRACHE VON KINDERN UND JUGENDLICHEN IN KINDERFREUNDLICHEN KOMMUNEN

Damit es Kindern und Jugendlichen in Deutschland gut geht, kommt es entscheidend auf ihr unmittelbares Lebensumfeld an – auf ihre Schule, ihre Nachbarschaft, ihre Stadt. Indem Städte und Gemeinden sich verpflichten, die UN-Kinderrechtskonvention zu verwirklichen, setzen sie das Wohlbefinden von Kindern und Jugendliche an die erste Stelle.

Der Verein Kinderfreundliche Kommunen e.V. setzt sich dafür ein, dass immer mehr Orte in Deutschland kinderfreundlicher werden und die Kinderrechte stärker in den Fokus ihres politischen Handelns stellen. Der Verein vergibt dazu ein Siegel an Städte und Gemeinden, die einen Aktionsplan für die lokale Umsetzung von Kinderrechten verabschiedet haben – unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen selbst. Getragen wird der Verein von UNICEF Deutschland und dem Deutschen Kinderhilfswerk.



*Abstimmung des
Jugendbeirates im
Plenarsaal der Stadt
Regensburg.*



Was möglich ist, wenn Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Kinder und Jugendliche einbeziehen und ihre Ideen und Wünsche ernst nehmen, zeigt sich am Beispiel der Kinderfreundlichen Kommune Regensburg. Dort tagt mittlerweile ein Jugendbeirat gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des Stadtrates ganz offiziell im großen Plenarsaal. Die Jugendlichen bringen Verbesserungsvorschläge ein, die ihr unmittelbares Umfeld betreffen, beraten über anstehende Themen des Stadtrates und bestimmen mit. So hat die Stadt Regensburg einem Antrag zur Beleuchtung des Königswiesen-Parks stattgegeben und finanziert testweise an jeder Schule Automaten mit kostenlosen Menstruationsartikeln für Mädchen. Die Vorsitzende des Beirates fühlt sich vom Stadtrat gehört: „Es ist sehr auf Augenhöhe. Weil auch die Menschen im Stadtrat [...] verstehen, dass es ohne Jugend [...] nicht mehr geht. Weil wir die Zukunft sind.“ Mitentscheiden können auch die Kinder und Jugendlichen der Gemeinde Algermüssen – beispielsweise beim sogenannten Dorfcheck. Bei Rundgängen durch den Ort konnten sie die sechs Ortsteile nach den Schwerpunktthemen Tolle Orte, Doofe Orte, Naturorte sowie Bewegung und Verkehr bewerten. Sie brachten auch Ideen und Anregungen ein, die von einem Planungsbüro aufgearbeitet und an die Ortsbürgermeister herangetragen wurden. Die Kinder und Jugendlichen lernen durch frühe Beteiligung, dass sie etwas bewegen können, für sich und andere. So bedeutet Partizipation für die Vorsitzende des Jugendbeirates Regensburg „zu sehen, dass ich eine Stimme habe und dass ich diese auch einsetzen sollte, weil ich [...] Verantwortung habe.“

Mehr Informationen zur Initiative unter www.kinderfreundliche-kommunen.de

KINDERRECHTE MACHEN SCHULE – DAS KINDERRECHTESCHULEN PROGRAMM VON UNICEF

Wo Kinderrechte im Alltag gelebt werden, wird die Entwicklung sozialer und kommunikativer Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen gefördert – und damit auch die Voraussetzungen, um Konflikte ohne Gewalt zu lösen. Deshalb unterstützt UNICEF Deutschland Schulen und Ministerien mit der Programminitiative Kinderrechteschulen dabei, dass die Kinderrechte ein nachhaltiger und umfassender Teil der Unterrichts- und Schulentwicklung werden.

Denn die Schule ist ein wichtiger Ort, um Kinder schon früh in ihrer Entwicklung zu erreichen. Dort kommen alle Kinder zusammen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Zudem können Lehr- und Fachkräfte, die die Kinderrechte kennen und im Miteinander leben, die Situation von benachteiligten oder von Diskriminierung betroffenen Kindern und Jugendlichen nachhaltig verbessern. Sie können deutlich machen, dass Kinderrechte für jedes Kind gelten und von allen gemeinsam umgesetzt werden müssen. Und nur, wenn Kinder selbst ihre Rechte kennen, können sie sich auch selbstbewusst dafür stark machen – für ihre eigenen Rechte und die anderer.



© UNICEF/UN0731980/Quittenbaum

Schülersprecherin Enya (8) begrüßt ihre Schulgemeinschaft von der Schule an der Wipperau, Grundschule Rosche und UNICEF zur Siegelfeier zur Kinderrechtesschule.

Eine UNICEF Kinderrechtesschule ist eine Schule, in der die Kinderrechte in der Schulgemeinschaft und darüber hinaus bekannt, gelernt, respektiert, geschützt und gefördert werden – und damit ins alltägliche Handeln von Kindern und Erwachsenen gleichermaßen mit einfließen. Die gesamte Schulgemeinschaft – mit allen Lehr- und Fachkräften, den Mitarbeitenden des Ganztags sowie Schülerinnen und Schülern – durchläuft ein mehrstufiges Training, mit den Themen **Beteiligung** (Partizipation), **Vielfalt** und **Nicht-Diskriminierung** (Integration), **Gewaltprävention** und **Kinderrechte global**. Dies unterstützt eine kinderrechtsbasierte Schulentwicklung. Beim Thema Vielfalt und Nicht-Diskriminierung lernen die Kinder im Unterricht zum Beispiel durch die Beschäftigung mit einem ‚Hautfarbstift‘, dass die Farbe der Haut keine Rolle spielt und die Welt bunt und vielfältig ist. Die Kinder verstehen, dass es unterschiedliche Hautfarben, Religionen und Geschlechter gibt. Das fördert – gerade in einer vielfältigen Schulfamilie – Toleranz und Konfliktlösung. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Schutz vor Gewalt kann Kinder zudem darin bestärken, sich bei Fällen von Gewalt in der Erziehung jemandem anzuvertrauen. An einer Kinderrechtesschule lernen die Schülerinnen und Schülern schon früh, ihre Meinung zu äußern. Zudem wird von den Lehr- und Fachkräften mit beispielsweise einem Schülerparlament Raum für Beteiligung geschaffen, damit sich die Kinder aktiv an der Gestaltung ihres Lebens und das der Schulgemeinschaft beteiligen können. Denn Partizipation ist ein zentrales Kinderrecht – und es fördert von klein auf die Demokratiebildung.

Mehr Informationen unter <https://www.unicef.de/informieren/schulen/kinderrechtesschulen>



Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2023 „Ein Versprechen an die Jugend“ von Prof. Dr. Hans Bertram (UNICEF Deutschland, Köln, September 2023) ist zusammen mit der weiterführenden Datenbank zum kindlichen Wohlbefinden verfügbar unter www.unicef.de/cwb-datenbank.

Kontakt:

Dr. Sebastian Sedlmayr, Leiter Stabsstelle Advocacy und Politik, Büro Berlin

Tel. 030 275 80 79 10, sebastian.sedlmayr@unicef.de

Jan Braukmann, Forschung und Monitoring

Tel. 0221 93 650 0, jan.braukmann@unicef.de

Pressekontakt:

Vera Tellmann, Pressesprecherin

Tel. 0221 93 650 235, presse@unicef.de

Deutsches Komitee für UNICEF e.V.
Höninger Weg 104
50969 Köln
Tel.: 0221/93650-0
E-Mail: mail@unicef.de
www.unicef.de

Spendenkonto:
IBAN: DE57 3702 0500 0000 3000 00
Bank für Sozialwirtschaft Köln



Das DZI Spenden-Siegel bescheinigt
UNICEF Deutschland eine seriöse und
vertrauenswürdige Mittelverwendung.

